



2020/42 Wirtschaft

<https://shop.jungle.world/artikel/2020/42/gewinner-und-verlierer>

Wer profitiert von der Pandemie?

Gewinner und Verlierer

Von **Jens Benicke**

Die Pandemie hat Folgen für Unternehmen und ganze Wirtschaftsräume. Bereits jetzt zeigt sich, wer davon profitieren wird.

Der Laden brummt. Mitte September kündigte der Online-Versandhändler Amazon an, in den USA und Kanada mehr als 100 000 neue Mitarbeiter einzustellen – mitten in der durch die Covid-19-Pandemie ausgelösten Krise, in der Millionen Menschen ihre Arbeitsplätze beziehungsweise ihr bisheriges Auskommen verloren haben. Amazon hingegen hat bereits im September weltweit 100 neue Betriebsgebäude, Logistik- und Sortierzentren sowie Auslieferungsstationen eröffnet. Für Deutschland kündigte der US-Konzern an, rund 2 000 neuen Stellen in den Logistikzentren Oelde und Sülzetal zu schaffen.

In der Manier eines ideellen Gesamtkapitalisten sieht der IWF durch die Konzentration von Unternehmen sogar das System der Marktwirtschaft bedroht.

Grund für die Neueinstellungen ist der durch die coronabedingten Einschränkungen und die Verunsicherung der Kunden stark gestiegene Umsatz bei Online-Einkäufen. Amazon hat sich von einem Internethändler für Bücher und Tonträger zu einem Handelsriesen, der auch selbst unter anderem Kleidung herstellen lässt, und zu einem Medienkonzern entwickelt, der eigene Spielfilme und Serien produziert. Auch kleinere Internethändler wie etwa der deutsche Modeversand Zalando profitieren von dem durch die Pandemie veränderten

Konsumverhalten. So meldete das in Berlin ansässige Unternehmen für das zweite Quartal 2020 im Jahresvergleich ein Viertel mehr Umsatz und drei Millionen neue Kunden. Zu den Gewinnern der Coronakrise gehört auch Ebay. Die Verkaufs- und Versteigerungsplattform hat nach eigenen Angaben im zweiten Quartal 2020 so viele Neukunden gewonnen wie im gesamten vergangenen Jahr.

Doch wo es Gewinner gibt, gibt es auch Verlierer. Das sind vor allem die Einzelhändler. Ihre Geschäfte waren im Frühling wochenlang geschlossen, seit der Wiedereröffnung gelten strenge Hygieneregeln. Diese begrenzen die Zahl der Kunden, die sich gleichzeitig im Laden aufhalten dürfen. Abstandsregeln, Maskenpflicht und bei vielen sicher auch die Sorge, sich in geschlossenen Räumen anzustecken, werden als »shoppingunfreundlich« empfunden. Vielen

Einzelhändler droht deshalb der Konkurs. Damit beschleunigt und verstärkt die Pandemie jedoch nur Prozesse, die bereits vorher im Gang waren. Schon lange hatten die Online-Händler die Einzelhändler heftig unter Druck gesetzt.

Konsum und Arbeit finden immer häufiger online statt. Statt ins Kino zu gehen, abonniert man Streaming-Dienste, statt ins Büro zu gehen, sitzen die Angestellten zu Hause vor dem Laptop, laden Dokumente in die Cloud hoch und wählen sich in Videokonferenzen ein. Homeoffice wurde in der Pandemie zum Massenphänomen, die Nachfrage nach Cloud-Lösungen und Streaming-Diensten wuchs. Viele dieser Bedürfnisse erfüllen die großen Internetfirmen wie Google oder Amazon. So forciert die Coronakrise die Tendenz zur Konzentration des Kapitals.

Die global zu beobachtende Tendenz zu einer protektionistischen und nationalistischen Politik stärkt die großen und für die Nationalökonomien »systemrelevanten« Unternehmen zusätzlich. Die vom wankenden Welthegeemon USA unter der Präsidentschaft Donald Trumps ausgelösten Handelskriege gegen China und die EU sind das hervorstechendste Beispiel hierfür. Aber auch viele andere Staaten versuchen etwa, sich in der Pandemie exklusiven Zugriff auf medizinische Produkte oder auf zukünftige Impfstoffe zu sichern. So stieg beispielsweise der deutsche Staat im Juni mit 300 Millionen Euro beim Tübinger Biotech-Unternehmen Curevac ein, dem gemeinhin mit die besten Chancen auf die Entwicklung eines Covid-19-Impfstoffs zugesprochen werden. Im März hatte der US-Präsident angeblich persönlich versucht, den erwarteten Impfstoff der Firma exklusiv für die USA zu sichern. In der kapitalistischen Konkurrenz ist sich nun mal jeder Staat selbst der nächste.

In die Rettung als strategisch bedeutsam eingeschätzter Firmen investieren die Nationalstaaten große Summen. Bereits in der vorigen Weltwirtschaftskrise 2007/2008 hatten die Staaten wichtige Unternehmen wie Banken oder Autokonzerne mit Milliardenbeträgen oder gleich mit staatlichen Übernahmen vor dem Konkurs bewahrt. In Deutschland wurde etwa die Commerzbank teilverstaatlicht. Derzeit stellt die Bundesregierung große sogenannte Rettungspakete für große Luftfahrt- und Touristikunternehmen wie Airbus, Tui oder Lufthansa bereit. Beim letztgenannten Konzern steigt der Staat mit einer Kapitalbeteiligung von 20 Prozent ein, insgesamt umfasst das Volumen der Staatshilfen für die größte deutsche Fluggesellschaft neun Milliarden Euro.

Kleinere Unternehmen können zwar ebenfalls auf staatliche Zuschüsse aus den zahlreichen Hilfsprogrammen rechnen. Doch Betrieben, denen diese Subventionen nicht ausreichen, wird die fehlende »Systemrelevanz« wohl zum Verhängnis werden. Nach einer Umfrage des Deutschen Reiseverbandes (DRV) befürchten zwei Drittel der Tourismusunternehmen, die Coronakrise nicht zu überleben.

Verzögert wird die nicht nur in der Tourismusbranche drohende Pleitewelle durch die befristete, erst kürzlich von der Bundesregierung verlängerte Lockerung des Insolvenzrechts. Die Wirtschaftsauskunftei Creditreform schätzt nach einem Bericht der Welt, dass die Zahl der sogenannten Zombiefirmen auf bis zu 800 000 steigen könnte. Als solche werden Unternehmen bezeichnet, die unter normalen wirtschaftlichen und rechtlichen Umständen bereits pleitegegangen wären. Wegen der Niedrigzinspolitik der Zentralbanken, durch die Unternehmen ihre Liquidität auf Pump erhalten können, oder aufgrund staatlicher Eingriffe wie der Aussetzung der Pflicht zur Insolvenzanmeldung bestehen sie jedoch weiter.

Doch wird sich das große Firmensterben nicht endlos hinauszögern lassen. Wachsende Konzentration von Marktmacht ist in allen Branchen zu erwarten. Bereits jetzt beherrscht beispielsweise nur eine Handvoll Unternehmen den deutschen Lebensmitteleinzelhandel. Dass die Weltwirtschaft heutzutage von Oligopolen geprägt ist, also wenige Großkonzerne ganze Branchen beherrschen, konstatieren auch internationale Organisationen. 2019 zeigte eine großangelegte Untersuchung des Internationalen Währungsfonds (IWF), dass die Konzentration der Wirtschaftsmacht zwischen dem Jahr 2000 und 2015 »spürbar zugenommen« habe. Dies könne, so warnte der IWF, negative nationalökonomische Auswirkungen haben: Wenn sich die Wirtschaft auf wenige mächtige Unternehmen konzentriere, hätten diese kaum mehr Anreize für Investitionen und Innovationen. In der Manier eines ideellen Gesamtkapitalisten sieht der IWF dadurch sogar das System der Marktwirtschaft bedroht.

Marktbeherrschende Unternehmen wie Amazon dürften vorerst die ökonomischen Gewinner der Coronakrise bleiben. Dass dies auch für deren Beschäftigte, etwa für die Tausenden Neueingestellten, gilt, ist dagegen nicht zu erwarten. Schließlich sind es gerade diese Unternehmen, die immer wieder mit besonders rabiaten Ausbeutungsmethoden Schlagzeilen machen und die Selbstorganisation der Beschäftigten behindern, wo sie nur können. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi versucht bereits seit über sieben Jahren, bei Amazon in Deutschland einen Tarifvertrag nach dem Modell des Flächentarifvertrags im Einzel- und Versandhandel zu erkämpfen – bisher erfolglos. Schlechte Aussichten für alle, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen.